

Pressemitteilung vom 14.11.2006

Unabhängige Informationsmöglichkeiten für Frauen zum Mammographie-Screening gefordert

Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. nehmen Stellung zum Mammographie-Screening in Hessen

DARMSTADT, November 2006 Der Vorstand der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V. fordert ein unabhängiges, flankierendes Informations- und Beratungsangebot, das allen Frauen, die in Hessen zum Mammographie-Screening eingeladen werden, zur Verfügung stehen soll. Bei einem Früherkennungs-Programm, das sich vornehmlich an **gesunde Frauen** richtet, müssen Frauen ihre Fragen, Zweifel und Unsicherheiten unabhängig von der einladenden Stelle klären können. Nur mit einem qualifizierten Beratungsangebot wird sichergestellt, dass Frauen die Möglichkeit haben, sich gut informiert zur Teilnahme oder eben auch zur Nicht-Teilnahme zu entscheiden. Die Verantwortlichen der Gesundheitspolitik werden aufgefordert, ein entsprechendes Informations- und Beratungsangebot einzurichten und bestehende Initiativen zu fördern.

Die bisherige Aufklärung zum Mammographie-Screening-Programm reicht nicht aus und die kontrovers geführte Diskussion um den Nutzen führt zu Verunsicherungen. Die bisher vorliegenden Informationsblätter tragen zur Aufklärung bei, allerdings ist die darin enthaltene Aussage irreführend, dass die Sterblichkeitsrate um 25% gesenkt würde. Die konkrete Aussage in absoluten Zahlen ist, dass innerhalb von zehn Jahren bei 1000 untersuchten Frauen, acht Frauen statt sechs Frauen durch das Screening-Programm einen Überlebensvorteil haben. Das Mammographie-Screening birgt zudem das Risiko von Überdiagnose und Übertherapie, denn nicht alle gefundenen Tumore hätten Leben und Gesundheit der Frauen bedroht.

Der Verband der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V. tritt für eine ausführliche und unabhängige Information der Frauen ein. Frauen sollten im Vorfeld des Screening klare Vorstellungen entwickeln können, wie die Abläufe organisiert sind und mit

welchen Konsequenzen sie im Falle eines positiven Befundes oder auch eines „nur ungenauen Befundes“ rechnen müssen. Frauen sollten sich darüber austauschen und das Für und Wider mit Fachleuten diskutieren können. Die Entscheidung zur Teilnahme oder Nichtteilnahme am Mammographie-Screening darf nicht zu persönlichen Schuldgefühlen führen. Der persönliche Nutzen muss von jeder Frau selbst abgeschätzt werden können, um dann informiert und eigenverantwortlich über die Teilnahme oder auch Nicht-Teilnahme am Mammographie-Screening entscheiden zu können.

Der Arbeitskreis Frauengesundheit im Hessischen Sozialministerium, in dem die Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V. mitarbeiten, will eine Informationskampagne starten. Unter Federführung des Hessischen Landfrauenverbandes und des Deutschen Ärztinnenbundes sollen demnächst Informationsveranstaltungen angeboten werden. Die Evangelischen Frauen empfehlen allen Frauen, diese Informationsangebote zu nutzen und ggf. mit Unterstützung dieser Verbände weitere Veranstaltungen selbst zu organisieren.

Darmstadt, November 2006

Der Vorstand der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V.

Weitere Informationen:

Ulrike Lang, Fachstelle FrauenGesundheit, Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V.

Telefon 069 / 82 36 85 65 oder per E-Mail Ulrike.Lang@EvangelischeFrauen.de

HINTERGRUNDINFORMATION:

In Hessen wird seit 2006 in einzelnen Regionen die Entscheidung des Deutschen Bundestages vom Juni 2002 zur „Einführung von Reihenuntersuchungen zur Früherkennung von Brustkrebs als Kassenleistung“ (Mammographie-Screening) umgesetzt. Das Mammographie-Screening ist ein nach hohen Qualitätskriterien der EU organisiertes und von den Krankenkassen getragenes Programm der Früherkennung von Brustkrebs. Alle Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren werden, im Rhythmus von zwei Jahren, persönlich, per Brief zur Teilnahme aufgefordert. Durch die Röntgenuntersuchung soll bei Frauen verändertes Brustgewebe möglichst frühzeitig entdeckt werden. Die Früherkennung soll, durch frühes medizinisches Handeln, einen guten Heilungserfolg ermöglichen. Die Bundesregierung will eine hohe Qualität der Früherkennungs-Mammographie sicherstellen. Das Programm stellt hohe Anforderungen an die organisatorische und technische Qualität, und an die Befundung der Röntgenbilder.